Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 14.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 191. Mittwoch, den 17. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister werden im Auswärtigen Ausschuß Bericht über die außenpolitische Situation erstatten.

•

Die englischen Truppen im oberschlesischen Abstimmungsgebiete sind in mobilem Zustande. Man stellte starke polnische Truppenansammlungen in Sehweite der Grenze fest.

•

Die französische Botschaft in Rom stellt die Existenz eines franko-polnischen Abkommens über die Teilung Oberschlesiens in Abrede.

•

Wie Matin aus Genf meldet, wird die polnisch-litauische Konferenz am 25. August in Genf stattfinden.

Eine Note Briands an Deutschland

Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris folgende Note übermittelt: Im Namen der im Obersten Rat vertretenen alliierten Regierungen habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß der Oberste Rat am 13. August bezüglich der am 7. März 1921 verhängten wirtschaftlichen Sanktionen folgenden Entschluß gefaßt hat, dessen Wortlaut folgt:

1. Auf Grund der Annahme des Ultimatums vom 5. Mai 1921 durch Deutschland, sowie auf Grund der ersten von Deutschland auf Reparationsrechnung geleisteten Zahlungen und unter Vorbehalt der vollständigen Begleichung der Summen, welche Deutschland am 31. August 1921 zu zahlen hat, beschließt der Oberste Rat einstimmig die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch ihn am 7. März 1921 verhängt worden sind. Diese Entscheidung wird gegebenenfalls am 15. September 1921 in Kraft treten.

2. Jedoch ist diese Entscheidung von folgenden vorher von der deutschen Regierung anzunehmenden Bestimmungen abhängig: a. Es wird eine interalliierte Stelle geschaffen, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird bei der Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, welche Waren betreffen, deren Empfänger oder Absender Firmen des auf Grund des Versailler Friedensvertrages besetzten Gebietes sind. Der einzige Zweck dieser Stelle ist, Sicherungen dagegen zu schaffen und darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich der besetzten Gebiete eine Benachteiligung der interalliierten Waren unter Verstoß gegen Artikel 264/67 des Friedensvertrages zur Folge hat. b. Die deutsche Regierung erkennt die Gültigkeit der Handlungen an, welche während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Verordnungen vorgenommen worden sind, welche die interalliierte Rheinlandskommission in Ausführung der auf der Londoner Konferenz vom März 1921 getroffenen Entscheidungen erlassen hat. Es wird von allen gerichts- und verwaltungsmäßigen Maßnahmen wegen solcher Handlungen Abstand genommen, die nach Maßgabe der erwähnten Verordnungen vorgenommen worden sind.

3. Die interalliierte Rheinlandskommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung eines Beauftragten der italienischen Regierung Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, welche sich auf die vorgenannten Entscheidungen, sowie auf die Verwendung der vereinnahmten Gelder und Prüfung der geleisteten oder noch zu leistenden Ausgaben beziehen.

4. Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die in Paragraph 2 erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuß, welcher von den Regierungen der Besatzungsmächte und von der italienischen Regierung ernannt wird und seine Vorschläge vor dem 1. September den Regierungen zu unterbreiten hat. Die Sachverständigen werden möglichst bald in Koblinz zusammentreten und sich dort mit den deutschen Delegierten treffen. Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dies Schriftstück Ihrer Regierung zu übermitteln und ihr mitzuteilen, daß ich mich freuen würde, von Ihnen zu erfahren, daß sie die in der Entscheidung der alliierten Mächte aufgezeichneten Bestimmungen annimmt.

(gez.) Briand.

•

Tr. Die Note läßt erst im vollen Umfang die Bedingungen erkennen, unter denen die wirtschaftliche Abdrosselung des Rheinlandes aufgehoben werden soll. Die Bezahlung der letzten Reste der am 31. August fälligen Goldmilliarde ist unter den Bedingungen nicht aufgezählt, sie wird nur als Voraussetzung angeführt. Dagegen erfährt man jetzt etwas Näheres über die interalliierte Stelle für die Prüfung und Ausstellung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Diese Stelle soll zwar in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen arbeiten, aber da sie zu dem einzigen Zweck geschaffen wird, darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich des besetzten Gebietes eine Benachteiligung der interalliierten Waren zur Folge habe, so kann man nur erneut die Befürchtung hegen, daß uns ein neues Joch im Westen droht, auch wenn sich Briand dabei auf den Wortlaut des Friedensvertrages stützt. Die ganze Einrichtung soll eine Art Sachverständigenausschuß werden, und die Rheinlandkommission wird die Uebergangsbestimmungen erlassen. Am interessantesten aber ist die Bedingung, daß die deutsche Regierung die Gültigkeit der Handlungen anerkennen soll, die während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Verordnungen der Rheinlandkommission vorgenommen worden sind. Hier zeigt sich das böse Gewissen hinsichtlich der Rechtsgültigkeit der ganzen Sanktionen. Bekanntlich waren schon vor der Londoner Konferenz England und Italien der Auffassung, daß die Sanktionen ungesetzlich seien. Aus politischen Gründen hat man damals aber Briand nachgegeben. Jetzt aber möchte man es doch nicht darauf ankommen lassen, daß etwa ein Gericht die Verordnungen nachprüft. Im Grunde ist diese Bedingung nur wieder eine neue Erpressung unmoralischer Art, wie sie im Friedensvertrag so zahlreich zu finden sind.

Wann wird die Entscheidung über Oberschlesien fallen?

In deutschen Regierungskreisen glaubt man annehmen zu können, daß der Völkerbundsrat bereits im August zu einem Beschluß kommen und die Sache nicht verschleppen wird. Der Oberste Rat wird diesen Beschluß bedingungslos anerkennen und ihm zustimmen. Diese Zustimmung kann bereits Mitte September erfolgen, da England die oberschlesische Frage in kürzester Zeit entschieden wissen will. Für Monate hinaus läßt sich eine ruhige abwartende Haltung in Oberschlesien nicht garantieren, auch wenn Polen offiziell beruhigend wirken wollte. Die Frage der Truppenverstärkungen dürfte bald gelöst werden, wahrscheinlich ist, daß Frankreich, England und Italien zusammen 10 000 Mann neuer Truppen entsenden, um bei der endgültigen Entscheidung es zu keinen neuen Kämpfen in Oberschlesien kommen zu lassen. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkte, daß Deutschland die Kosten für die neuen Verstärkungen nicht zur Last gelegt werden können, die eine Folge der Zaudervolitik der Entente sind. Ueber die Berufung deutscher Delegierter nach Genf zur Völkerbundstagung ist der deutschen Regierung nichts bekannt; man erwartet aber eine solche Einladung, nachdem auch Polen in Genf vertreten sein wird.

Abermalige Verschleppung durch Frankreich?

Der Temps meldet: General Berond wird nach kurzem Urlaub nach Oberschlesien zurückkehren. Die französische Regierung wird auch im Völkerbundsrat gegen eine Entscheidung stimmen, die nicht den französischen Forderungen entspricht. Da die Beschlüsse des Völkerbundsrates nur einstimmig zustandekommen können, ist damit zu rechnen, daß die oberschlesische Materie dem Plenum des Völkerbundsrates überwiesen werden muß, der erst in der zweiten Hälfte des September zusammentritt.

Lloyd George für ein deutsches Oberschlesien.

Erklärungen im Unterhaus.

Lloyd George kam im Unterhaus auf die letzte Tagung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte, es habe dort Fragen gegeben, welche das Zusammenhalten der Alliianz bedroht hätten. Große Genugtuung habe es daher hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschließung gefaßt worden sei, wonach die Allianz nicht nur fortdauere, sondern gefestigter dastehe denn je. Dann ging der Premierminister auf die oberschlesische Frage ein und betonte, diese sei ihm niemals sehr schwierig erschienen, aber sie sei durch die Beimengung anderer Elemente verwickelt gemacht worden, die es zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Es gebe weite Kreise in der öffentlichen Meinung Frankreichs, die glaubten, daß die Wegnahme der Kohlen- und Eisenlager von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Erhalte dies für einen Irrtum. Lloyd George hob hervor, daß Schlesien keine polnische Provinz sei. Vier Fünftel der Bevölkerung seien deutsch und mit recht beträchtlicher polnischer Beimischung nach der Grenze hin. Die Auseinandersetzung zwischen den Alliierten habe sich um das bedeutende Industriedreieck gedreht, in welchem die Städte deutsch und die Dörfer polnisch seien. Betrachte man aber das Gebiet als Ganzes, so handle es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit. Die industrielle Entwicklung, das Kapital und die Bevölkerung seien deutsch, so daß nach dem Prinzip ein Mann, eine Stimme das Gebiet den Deutschen zufallen müßte.

Der Niedergang Europas.

Wichtige Besprechungen zwischen Vanderlip und Rathenau.

Mister Vanderlip führt, wie im Auer Tageblatt schon kurz gemeldet wurde, zurzeit in Berlin Besprechungen mit Walter Rathenau, wie überhaupt mit führenden Industriellen und Finanzleuten, um dann am Donnerstag vorerst nach Prag zu reisen. Dann fährt er nach Wien, weiter nach Paris und zurück nach London, um von dort aus die Heimreise nach Neuyork anzutreten. Ein Mitarbeiter des Lokalanzeigers, der eine Unterredung mit ihm hatte, schreibt: Ich habe selten innerhalb einer einstündigen Unterredung von berufener Seite so gehäuften Pessimismus zu hören bekommen wie gestern, während meiner Unterredung mit diesem Amerikaner. Europa befindet sich auf einer steilen abschüssigen Bahn, die in den Abgrund führe und er, Vanderlip, sei gekommen, um nach Mitteln auszuspähen, wie sich der Karren aufhalten lasse, ehe er den Abgrund erreicht habe, ehe er hinabstürze. Vanderlip hält indes seine Aufgabe so gut wie unausführbar. Ausführbar wäre sie einzig und allein, wenn die Völker Europas an einem Strange zögen. Im Wege stehe in erster Linie Frankreichs Angst vor Deutschland. Es lege deshalb alles darauf an, Deutschland möglichst zu knebeln. Frankreich fürchtet in erster Linie Deutschlands wirtschaftliche Uebermacht. Sei diese erst erreicht, so würde keine Macht der Welt Deutschland an der Herstellung von Kriegsmaterial hindern können. So erklärt sich Mr. Vanderlip die Haltung Frankreichs die zu dem ausgesprochenen Unglück des Friedensvertrages führte, der seinerzeit vermutlich zum Ruin Europas führen werde. Deutschland müsse sich nicht einbilden, daß es am ärgsten dran sei von allen Ländern Europas oder der Welt. Schlecht stünde es überall in der Welt, aber nicht am schlechtesten in Deutschland. Es gebe wohl keinen Menschen auf der Welt, der Deutschland sagen könne, was es tun müsse, um endlich mit der Geldnotendruckerei aufzuhören, denn viel mehr Wasser könne der deutsche Geldwein nicht mehr vertragen, wenn er nicht endlich zu Wasser werden sollte. Trotzdem sei aber Deutschland noch nicht am schlechtesten daran. Die ganze Zukunft müsse sich naturgemäß so entwickeln, daß den europäischen Ländern bei dem allgemeinen europäischen Zusammenbruch zu größter Widerstandsfähigkeit verholfen werden müßte, die die größten Selbstproduzenten sind, also auch Deutschland. England habe wohl seine Kolonien, aber Getreide aus Kanada bedeute genau so Import für England, wie Getreide von sonstwoher. Auf die Bemerkung, daß schließlich auch Rußland, Polen und Ungarn gewisse Selbstproduzenten im gemeinen Sinne seien, erwiderte Vanderlip, daß ihr völliger Mangel an Organisation alles verderbe, wo sie sonst die Kornkammern Europas hätten sein können. Bei den anderen inbetracht kommenden Staaten liege Mangel an Organisation nicht vor. Dies alles sei aber nicht der springende Punkt. Die größte Fähigkeit der Selbstproduktion könne die Widerstandskraft des einzelnen Staates wohl erhöhen, einen allgemeinen europäischen Zusammenbruch aber nicht aufhalten. Der springende Punkt sei also, ein Mittel zu finden, die Katastrophe an sich zu verhindern.

Die neue Teuerungswelle.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Erhöhung des Brotpreises, die am gestrigen Tage in Kraft getreten ist, ist nur der Anfang neuer Umdrehungen der berüchtigten Schraube ohne Ende, deren Anziehen sich jetzt wieder energisch fühlbar zu machen beginnt. Eine neue Teuerungswelle geht über Deutschland hinweg, die uns neue Hemmnisse auf dem Wege zur Gesundung entgegenwirft und uns von der zwar kleinen, aber immerhin bisher erreichten Höhe wieder herabzustürzen droht. Wenn man nach den Ursachen dieser Teuerung forscht, so mögen sie zunächst äußerlich zu einem Teile in der ungewöhnlichen Hitze dieses Sommers zu erblicken sein, welche die Entwicklung der Pflanzen übermäßig zurückhielt und dadurch die Preise für Kartoffeln und Gemüse, für Futtermittel und damit für Milch sehr stark in die Höhe trieb. Allein dies ist, wie gesagt, nur eine Einzelerscheinung, die es nicht vermocht hatte, den allgemeinen Stand der Lebenshaltung ausschlaggebend zu beeinflussen. Die Hauptursache liegt, wie auch bisher, in der fortwährenden Verschlechterung unserer Valuta. An den Weltbörsen sinkt der Wert der deutschen Mark gegenwärtig von Tag zu Tag, d. h. wir müssen alles, was wir im Auslande kaufen, teurer bezahlen als noch vor wenigen Wochen. Für diese Verschlechterung der deutschen Valuta sind drei Momente maßgebend; einmal die Notwendigkeit der immerwährenden Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel, die wir brauchen, um unseren Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können; dann die Inflation, d. h. die Ueberschwemmung des Marktes durch den Druck deutschen Papiergeldes, für das keine Deckung vorhanden ist, und schließlich das Mißtrauen des Auslandes gegen die deutsche Zahlungsfähigkeit. Sieht man sich diese drei Gründe genauer an, so sind sie letzten Endes auf einen und denselben Ursprung zurückzuführen, nämlich auf die Reparationsverpflichtungen, die uns durch das Ultimatum auferlegt sind. Um diese abdecken zu können, müssen wir fremde Devisen, hauptsächlich Dollars, an den Weltbörsen kaufen, wodurch der Wert dieser fremden Zahlungsmittel sich ebenso automatisch hebt, wie der der deutschen sinkt. So stand der Kurs des amerikanischen Dollars am 16. d. M. auf 91 Mark, während wir vor